

Rede der Vorsitzenden der Fraktion FDP & Freie Bürger
zur Haushaltssatzung 2022 der Stadt Schwalbach am Taunus
in der Stadtverordnetenversammlung am 9.12.2021

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Schwalbacherinnen und Schwalbacher,

die Stadtverordnetenversammlung heute ist die wichtigste Sitzung im Jahr, weil der Haushalt 2022 beschlossen wird. Trotzdem muss ich gestehen, dass ich mir heute Abend überlegt habe, dass ich ebenso gut zu Hause bleiben könnte. Haben doch die Erfahrungen der letzten Wochen und Monate gezeigt, dass kaum noch sachliche Auseinandersetzungen möglich sind, sondern die Mehrheitsfraktionen SPD und CDU lieber einfach ihre 2/3 Mehrheit nutzen. Nur selten geben sie sich Mühe Ihren Standpunkt vernünftig zu begründen und noch seltener machen Sie sich die Mühe, sich die Argumente der Opposition anzuhören. Aber: unsere Fraktion FDP & Freie Bürger möchte die Hoffnung auf eine sachorientierte Auseinandersetzung nicht aufgeben und heute Abend hätten Sie die Gelegenheit, gehabt zu zeigen, dass auch Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen von SPD und CDU, Schwalbach am Herzen liegt. Diese Gelegenheit haben Sie nicht wahrgenommen.

Unsere Fraktion hat sich intensiv mit dem Haushalt auseinandergesetzt. Unsere Leitfrage dabei war: Was können wir den Bürgerinnen und Bürgern in der aktuellen Situation zumuten? Das Jahr hatte es schon abseits der Schwalbacher Kommunalpolitik in sich: Lockdown, Schulschließungen und insbesondere ältere

Menschen die Einschränkungen in Kauf genommen haben, um ihre Gesundheit zu schützen. Aber auch für jüngere Menschen waren und sind es schwierige Zeiten mit anstrengenden Schul-, Studien-, Ausbildungs- und Arbeitssituationen. Die Chancengerechtigkeit hat sich verschlechtert –Kinder und Jugendliche, die es ohnehin aufgrund ihrer Ausgangssituation nicht leicht haben, sind die Verlierer dieser Pandemie. Dazu kommen auch die wirtschaftlichen Folgen von Corona, gestiegene Energiekosten und eine Inflationsrate von derzeit 5,2%. Als Stadtverordnete haben wir versucht, pandemiebedingte wirtschaftlichen Folgen für das örtliche Gewerbe etwas abzufedern, indem wir Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt haben. Aktuell gibt es aus diesen Mitteln nochmals eine Gutscheinaktion des Gewerbevereins von der auch die Bürgerinnen und Bürger profitieren, weil die Gutscheine günstiger sind als ihr Nennwert.

Ich komme nun zu unseren Haushaltsanträgen im Einzelnen:

1. Kürzung der Personalaufwendungen um 5%. Dies entspricht 600.585 EUR. Aktuell freie Stellen können erst nach Genehmigung des Haushaltes besetzt werden. Dies ist in aller Regel im Mai des Folgejahres der Fall. Insofern sind diese freien Stellen auch aus dem Planansatz herauszurechnen. Die Reduzierung von rund 600.000 EUR ist konservativ - in der Vergangenheit lag das Ist der Personalaufwendungen im Ergebnis immer mindestens 1 Mio. EUR unter dem Plan
2. Kürzung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 850.000 EUR auf das Niveau von 2020. Einsparpotenzial gibt es an vielen Stellen, z.B. bei der Öffentlichkeitsarbeit und in der Finanzverwaltung – letztlich ist es aber Aufgabe der Verwaltung zu entscheiden, welche Ausgaben verzichtbar

sind. Die hauptamtliche Verwaltung kann dies besser entscheiden als ehrenamtliche Stadtverordnete.

3. Reduzierung des Planansatzes für den Neubau der Feuerwehr von 2 Mio. EUR auf 300.000 EUR. In diesem Jahr gab es keine Vorlage zur Feuerwehr im Stadtparlament – das bedeutet, dass 2022 bestenfalls mit der Planung begonnen werden kann. Dafür genügen zunächst 300.000 EUR.
4. Für die Planung eines neuen Friedhofsfunktionsgebäudes stehen 1,5 Mio. EUR im Haushalt. Dieser Betrag ist völlig überzogen, nach unserer Erfahrung sind 100.000 EUR ausreichend.

Dazu eine Ergänzung: In toto sind für Planung und Bau eines Friedhofsfunktionsgebäudes in den kommenden beiden Jahren 4 Mio. EUR vorgesehen. Ein so hoher Betrag für ein nicht unterkellertes reines Funktionsgebäude von vllt. 120 m² ist völlig weltfremd. Wir haben hierzu einen Antrag gestellt, der aber noch nicht beraten wurde. Wir möchten den Magistrat beauftragen, bei der zuständigen Stelle des Landes Hessen einen Antrag auf Aufhebung des Ensembles für das Kulturdenkmal Friedhof und Friedhofskapelle zu stellen. Dadurch soll ermöglicht werden, den Zweckbau Friedhofsfunktionsgebäude zu sachgerechten Kosten herzustellen. Das Kulturdenkmal Friedhof und Friedhofskapelle soll nach Möglichkeit erhalten bleiben, wenn Denkmalschutz und Bürgerinteressen zusammenpassen. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten als Steuerzahler von der Verwaltung eine bedarfsgerechte und kostenbewusste Herstellung eines solchen Funktionsbaus. Und sie erwarten auch, dass die Verwaltung alle möglichen Maßnahmen ergreift, um dieses Ziel zu erreichen.

5. Eine weitere überflüssige Position im Haushalt ist die städtische Wohnbau GmbH. Diese Gesellschaft wurde im Jahr 2016 von FDP und SPD gemeinsam reaktiviert mit dem Ziel bezahlbaren Wohnraum herzustellen. Etwaige Grundstückskäufe, die dafür vorgesehen waren, sollten über diese nicht-öffentlich tagende Gesellschaft abgewickelt werden.

Seit 2016 hat diese Gesellschaft nicht ein Projekt umgesetzt und ist damit ihrem eigentlichen Zweck nicht nachgekommen. Diese Gesellschaft kostet die Stadt aber jedes Jahr Geld. Es gibt einen Geschäftsführer, der ein Gehalt bezieht und als GmbH muss die Gesellschaft auch jährlich geprüft werden. Gemäß Beteiligungsbericht aus dem Jahr 2020 hat diese Gesellschaft allein im Jahr 2019 die Stadt Schwalbach 45.000 EUR gekostet. Wir sind der Meinung, dass die Stadt dieses Geld gut einsparen kann, da kein Vorteil für die Bürgerinnen und Bürger erkennbar ist.

Die wenigen Initiativen, städtischen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, gehen allesamt durch das Stadtparlament. Auch das zeigt, dass diese Gesellschaft überflüssig ist.

6. Weiterhin stellen wir jedes Jahr einen Antrag auf einen so genannten Haushaltsbegleitbeschluss, dass Wiederbesetzungen von Stellen durch den Haupt- und Finanzausschuss freizugeben sind. Ausgenommen hiervon sind Erzieherinnen und Erzieher und Mitarbeiter des Bauhofes. Ziel ist, Transparenz für die Stadtverordneten über Personalwechsel, Fluktuation etc. herzustellen, die ansonsten keine Informationen hierzu bekommen.

7. Weiterhin beantragen wir die Hebesätze für Gewerbe- und Grundsteuer nicht zu erhöhen. Die ca. 1,8 Mio. EUR, die die Regierungsfaktionen damit

mehr vereinnahmen wollen, lassen sich mit den von mir eben skizzierten Haushaltsanträgen locker realisieren!

Unsere Anträge wurden übrigens von den Regierungsparteien abgelehnt.

Die Haushaltsanträge der Regierungsfractionen -zu denen ich jetzt komme- sind aus unserer Sicht Abzocke der Bürgerinnen und Bürger. Wir lehnen diese Anträge und den Haushalt insgesamt aus folgenden Gründen ab:

1. Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes
2. Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes
3. Erhöhung weiterer Positionen ohne erkennbares Gesamtkonzept
4. Teure Stellenschaffung eines ersten Stadtrates zum jetzigen Zeitpunkt

In den vergangenen Jahren hat die Stadt immer wieder Gewerbesteuernachzahlungen erhalten, die schlussendlich die eingebrachten defizitären Haushalte ausgeglichen haben. Dass das auf Dauer kein Modell sein wird, darauf haben wir in unseren Haushaltsreden immer wieder hingewiesen. Besprochen war, dass alle Fraktionen gemeinsam im Rahmen öffentlicher Ausschusssitzungen des dafür zuständigen Haupt- und Finanzausschuss, Maßnahmen beraten sollen. Im Ergebnis sollte dabei ein ausgeglichener Haushalt herauskommen. Offensichtlich scheuen die Regierungsfractionen den öffentlichen Diskurs zu diesem Thema oder fürchten, dass ihre Argumente nicht überzeugen können, so dass sie sich offenbar entschieden haben, den Schwalbacherinnen und Schwalbachern im Rahmen ihrer 2/3 Mehrheit eine Sammlung fragwürdiger Haushaltsanträge unterzujubeln.

Ad 1. Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes

Die Gewerbesteuer ist die Haupteinnahmequelle der Stadt. In meiner Haushaltsrede 2019 haben wir daher eine starke Wirtschaftsförderung gefordert, um die Gewerbesteuereinnahmen auf breitere Füße zu stellen. Zum damaligen Zeitpunkt war die Stelle des Wirtschaftsförderers eine Teilzeitstelle und Wirtschaftsförderung nach Aussagen von Frau Augsburgers Chefsache. Ich erinnere mich an viele Diskussionen mit der damaligen SPD -Fraktion, in der sie jede Verantwortung für die Entwicklung von Gewerbeflächen von sich gewiesen haben. Die Begründung lautete, dass der Stadt der Kornberger Hang nicht gehört. Dass es dennoch städtische Aufgabe ist, sich darum zu kümmern, wollte niemand hören.

Dass auch unser jetziger Bürgermeister kein Mann der Wirtschaft ist, war bereits in seinem Wahlprogramm erkennbar. Wenig ambitioniert heißt es hier in einem kurzen Absatz ZITAT: *„Schwalbach muss auch weiterhin attraktiv für alle wirtschaftlich Handelnden bleiben. Ich werde mich mit allen Kräften dafür einsetzen, die Unternehmen in der Stadt sowie Neugründungen zu unterstützen. Hierzu soll der Aufgabenbereich für die Stelle der Wirtschaftsförderung dahingehend erweitert werden, zusätzlich als Förderlotse zu fungieren. um finanzielle Fördertöpfe aus EU, Bund, Land und Kreis abzurufen und für die Stadt bzw. für die Unternehmen zu beantragen.“*

Allgemeine sicherlich gutgemeinte Aussagen – jedoch ohne erkennbares Ziel. Dass davon kein Gewerbegebiet floriert, wissen alle Schwalbacherinnen und Schwalbacher spätestens, seit klar ist, dass uns Samsung Mitte 2024 verlässt und seinen Unternehmenssitz nach Eschborn verlegt. Das Gewerbegebiet Am

Kronberger Hang kommt heute schon traurig daher – kein Vergleich zu den zahlreichen Aktivitäten, die die Stadt Eschborn in ihrem Gewerbegebiet entfaltet. Von einem kostenlosen Bus, über Park- und Einkaufsmöglichkeiten bis hin zu einem vielfältigen Foodcourt. Die heutige hohe Leerstandsquote von über 50 % am Kronberger Hang verwundert da im Vergleich nicht.

Auch die nächste Nachricht aus diesem Bereich gab kaum Anlass zur Freude: Maincubes, ein Rechenzentrumsbetreiber hat mittlerweile 2 Liegenschaften am Kronberger Hang gekauft, um dort Rechenzentren zu bauen. Während der Magistrat vom ersten Kauf erst durch das Kreisbauamt erfahren hat, hat er dann immerhin nach dem Kauf des zweiten Grundstückes endlich reagiert und eine Satzung über den Erlass einer Veränderungssperre wurde auf den Weg gebracht. In Frankfurt wird es eng – die Rechenzentren suchen außerhalb der Stadt Flächen. Leider ist aus dieser Art von Gewerbe keine Kompensation der Gewerbesteuerereinnahmen von Samsung zu erwarten. Frau Behrens, Sie haben im letzten Haupt- und Finanzausschuss die Stadt Hattersheim als so genanntes Best Practice Beispiel angeführt, was die Ansiedlung von Rechenzentren angeht. Im aktuellen Haushaltsplan von Hattersheim für das Jahr 2022 heißt es dazu zwar, dass ZITAT „*die Gewerbesteuer .. mit 15,9 Mio.€ um 3,7 Mio. € höher als 2021 veranschlagt ist.*“ ZITATENDE, allerdings stagniert die Gewerbesteuer in der Mittelfristplanung bis 2025 auf diesem Niveau. Schnell reich wird man mit Rechenzentren offensichtlich nicht.

Der Bürgermeister hat den Anstoß für Steuerhöhungen in einem nicht vertretbaren Ausmaß gegeben und wird von den Mehrheitsfraktionen in seiner Forderung noch übertroffen! Das ist übrigens auch glatter Wahlbetrug! Die CDU schreibt dazu im Wahlprogramm aus diesem Jahr: ZITAT *Gleichzeitig tritt die CDU*

*für den maß-, aber sinnvollen Umgang mit den Rücklagen der Stadt ein:
Bürgerinnen und Bürger sollen gerade zu Zeiten der Pandemie nicht vorschnell
durch Gebühren- und Steuererhöhungen belastet werden. Deshalb müssen
zunächst die Einnahmen stabilisiert und die Ausgaben begrenzt werden.*

Der Gewerbesteuerhebesatz wird von 350 auf 360 v.H. angehoben. Begründung ist, dass Schwalbach ansonsten im Rahmen des so genannten Kommunalen Finanzausgleiches Mehrkosten entstehen. Unsere Begründung, warum dies dennoch der völlig falsche Weg ist, möchte ich Ihnen gerne erläutern.

1. Wie skizziert, ist unser Gewerbegebiet deutlich in die Jahre gekommen und bietet weder weiche Standortfaktoren noch eine vernünftige Erschließung.
2. Mit der Stadt Eschborn stehen wir aufgrund der räumlichen Nähe im direkten Wettbewerb. Eschborn hat attraktive Gewerbeflächen und einen Gewerbesteuerhebesatz von gerade einmal 330 v.H.
3. Die Signalwirkung einer solchen Steuererhöhung ist fatal – sobald der Bürgermeister und seine GroKo in Sachen Finanzen nicht weiterweiß, stehen Steuererhöhungen an.

Sie werden mir zustimmen, dass unter diesen Umständen niemand ausgerechnet in Schwalbach investieren möchte – außer Rechenzentren.

Ad 2. Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes

Die Grundsteuer B wird von 250 v.H. auf 400 v.H. angehoben. Auch diese Steuererhöhung halten wir für falsch. Diese Erhöhung trifft alle Bürgerinnen und Bürger, denn Mieter zahlen über die Umlagen indirekt ebenso Grundsteuer, wie Eigentümer. Bei dieser sehr deutlichen Erhöhung reden wir leicht von 100 EUR Mehrkosten pro Jahr für eine Mietwohnung mittlerer Größe, Hauseigentümer sind mit entsprechend höheren Beträgen dabei. Wie diese Maßnahme mit den Aussagen aus dem Wahlprogramm des SPD-Bürgermeisters zusammenpassen bleibt sein Geheimnis. ZITAT : *„Es ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, ob Menschen sich ihren Wohnraum noch leisten können. Wo ich kann, möchte ich mit unseren Möglichkeiten dazu beitragen, dass wir Menschen in Schwalbach bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellen können.“* Oder auch mit den Aussagen aus dem Kommunalwahlprogramm der SPD, ZITAT: *„Gemeinsam für bezahlbares Wohnen in Schwalbach - Die Mieten und auch die Grundstückspreise sind in unserer Stadt sehr hoch. Viele Menschen müssen mittlerweile mehr als die Hälfte ihres Einkommens allein fürs Wohnen ausgeben. Aber auch der Eigentumserwerb ist in Schwalbach für viele Familien ein schwieriger Kraftakt. Dieser negativen Entwicklung wollen wir aktiv entgegenwirken.“*

Die geplante Verteuerung der Grundsteuer zeigt deutlich wie bürgerfern Bürgermeister und Koalition arbeiten! Dass man gerade jetzt das Thema angeht, zeigt wie wenig Gespür CDU und SPD für die Nöte und Sorgen der Bürger haben. Man muss sich fragen, ob sich der Bürgermeister durch diese Steuererhöhung nicht vertretbaren Ausmaßes einen Teil des bei Greensill verlorenen Geldes von den Bürgerinnen und Bürgern zurückholen will. In seiner Haushaltsrede bemerkt er dazu lapidar: ZITAT „Aber auch ohne „Greensill“ hätten wir finanzpolitisch umsteuern müssen. Von dieser Notwendigkeit ist nachweislich seit Jahren die Rede. Was der Verlust nun ändert ist, dass die Umsteuerung etwas früher und noch deutlicher einsetzen muss.“ ZITATENDE

Ad 3. Erhöhung weiterer Positionen ohne erkennbares Gesamtkonzept

- Steigerung der Kinderbetreuungskosten um 4,5% in den Bereichen U3 und Schulkinderhäuser Geschwister-Scholl-Schule. Der Einsparungsbeträge konnten von den Regierungsparteien nicht quantifiziert werden. Für die Schulkinderbetreuung sind das nach unserer Berechnung 15.000 EUR. Traurig ist auch, dass vorab nicht mit den Elternvertretern dazu gesprochen wurde.
- Eine Zweitwohnungssteuer soll eingeführt werden – wie viele Menschen das betrifft und wie hoch die Einnahmen daraus sein werden, konnte aus der Koalition in der letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung niemand sagen.
- Nutzungsgebühren für das Bürgerhaus und die Kegelbahn sollen erhöht werden. In Summe sollen dabei Mehreinnahmen von 13.000 EUR erzielt

werden. Gerade in diesem Bereich verteuert man Freizeitaktivitäten oder auch die Möglichkeit eine Feier zu gestalten, falls dies in einem Restaurant zu teuer ist.

- Im Parkhaus und für die Tiefgaragenstellplätze sollen durch die Erhöhung der Parkgebühren 60.000 EUR mehr Erlöst werden. Auch hier konnte niemand die Frage beantworten, welche Erhöhungen im Einzelnen zugrunde liegen. Auf die Folgen dürfen wir alle gespannt sein: der ein oder andere wird seinen Stellplatz kündigen – ein weiteres Fahrzeug, das dann auf der Straße stehen wird. Die Attraktivität des Limes-Zentrum ist im Vergleich zu anderen Einkaufsmöglichkeiten ohnehin schon begrenzt, da helfen höhere Parkgebühren im Zweifel nicht.

Ad 4 Teure Stellenschaffung eines ersten Stadtrates zum jetzigen Zeitpunkt

Die Einführung eines ersten Stadtrates zum jetzigen Zeitpunkt ist nicht nachvollziehbar. Die Kosten belaufen sich nach unserer Recherche unter Berücksichtigung sämtlicher Nebenkosten, wie Versorgungsansprüche, eine Sekretärin, ggf. weitere unterstellte Mitarbeiter, Einrichtung eines Büros etc. auf mindestens 200.000 Euro p.a. Hochgerechnet auf die Dauer von 6 Jahren sprechen wir damit von einem Betrag von 1,2 Mio. Euro! Mit der Schaffung dieser Position gehen die Mehrheitsfraktionen eine Verbindlichkeit ein, die den ungewissen Haushaltsverlauf für die nächsten 6 Jahre belastet. Zusätzlich dazu muss der Vermögensschaden von mindestens 19 Mio EUR aus Greensill Geldanlagen verkraftet werden und der Ausfall von Samsung als signifikantem Gewerbesteuerzahler muss kompensiert werden! SPD und CDU haben im letzten Haupt- und Finanzausschuss darauf hingewiesen, dass die Kosten "nur" 134.500

EUR jährlich betragen würden – diese 134.500 EUR entsprechen betraglich ziemlich genau den gerade eben vorgetragenen Erhöhungen der Regierungsparteien! Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen - die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Schwalbach werden dafür belastet, um die Kosten für den ersten Stadtrat zu decken. Andersherum: Würde der erste Stadtrat nicht eingeführt, könnte man auf diese Erhöhungen leicht verzichten.

Die CDU hat mittlerweile auch ihren Wunschkandidaten gefunden. Dass dieser keine Verwaltungserfahrung hat, nicht aus Schwalbach kommt und auch schon gar nicht herziehen möchte, sondern im Gegenteil, sein Mandat in Kriftel behalten möchte und den Krifteler Vereinen treu bleiben will, überrascht bei dem ganzen Vorgehen der Regierungsparteien schon fast nicht mehr. Man könnte den Eindruck bekommen, es geht nicht um das Wohl von Schwalbach - sondern um das Einlösen eines Zug-um-Zug Geschäftes. Schließlich hat die CDU-Fraktion geholfen, eine vernünftige Aufarbeitung im Fall Greensill zu verhindern.

Das angeführte Argument, dass der Bürgermeister Unterstützung bei den vielen Aufgaben benötige - von einer Person ohne Verwaltungserfahrung- , können wir nicht nachvollziehen. Nach eigenen Aussagen wusste der Bürgermeister aufgrund seiner langen Zugehörigkeit im Stadtparlament, was auf ihn zukommt. Wenn er merkt, dass die Zeit knapp wird, dann haben wir einen Ratschlag: Einfach auf den ein - oder anderen Fototermin verzichten und originäre Aufgaben, für die er gewählt wurde, sorgsam und mit Bedacht ausführen.

Dank an die Steuerzahler

Ich möchte an dieser Stelle den Steuerzahlern danken, über deren Geld wir heute Abend zu entscheiden haben und allen, die mit uns zusammengearbeitet haben.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen allen ein frohes,
gesegnetes Weihnachtsfest, alles Gute für 2022, vor allem aber beste Gesundheit.